

Gliederung

	Seite
<b>Einleitung</b>	1
<b>1. Kapitel: Die Willensbildung in der Gesellschaft bezüglich der Entnahme</b>	6
I.    Beschlußfassung in der Gesellschafterversammlung	6
1.    Nichtigkeit des Gesellschafterbeschlusses	7
a)    Nichtigkeitsgründe	8
b)    Heilung der Nichtigkeit	9
aa)    Vollversammlung	9
bb)    Zustimmung außerhalb der Gesellschafterversammlung	9
2.    Anfechtbarkeit des Gesellschafterbeschlusses	13
II.    Beschlußfassung im schriftlichen Verfahren	14
III.    Sonstige Arten der Beschlußfassung	16
IV.    Statuarische Bestimmungen	22
1.    Statuarische Regelungen über die Beschlußfassung der Gesellschafter	22
a)    Problem der Satzungsdurchbrechung	22
b)    Erfordernis der Handelsregistereintragung	24
c)    Erfordernis der notariellen Beurkundung	26
2.    Statuarische Regelungen über die Beteiligung anderer Gesellschaftsorgane	28
V.    Beschlußfassung in der Einmann-Gesellschaft	32
<b>2. Kapitel: Die Form der Entnahme</b>	36
I.    Ausschüttung des Jahresergebnisses	36
1.    Mängel des Jahresfeststellungsbeschlusses	36
a)    Anwendbarkeit von § 256 AktG	36
b)    Die einzelnen Nichtigkeitsgründe des § 256 AktG	37
2.    Rechtsfolgen eines mangelhaften Jahresfeststellungsbeschlusses	44
a)    Nichtigkeit des Ergebnisverwendungsbeschlusses	44
b)    Disponibilität des Erstattungsanspruches	44
aa)    Zwingende Natur des Erstattungsanspruchs bei der Aktiengesellschaft	45
bb)    Übertragbarkeit dieser Wertung auf die GmbH	46

<b>II. Sonstige offene Entnahmen</b>	52
1. Entnahmen außerhalb der Verwendung des Jahresergebnisses	52
2. Rückzahlung von Nachschüssen	53
<b>III. Verdeckte Vermögenszuwendungen</b>	53
1. Zulässigkeit verdeckter Zuwendungen nach herrschender Meinung	54
2. Erfordernis förmlicher Rücklagenauflösung?	56
3. Generelles Verbot verdeckter Zuwendungen?	58
<b>3. Kapitel: Grenzen durch das Gebot der Erhaltung des Stammkapitals</b>	64
<b>I. Das Verbot von Auszahlungen aus dem zur Erhaltung des Stammkapitals erforderlichen Vermögen</b>	64
1. Das zur Erhaltung des Stammkapitals erforderliche Vermögen	64
a) Begriff des zur Erhaltung des Stammkapitals erforderlichen Vermögens	64
b) Berechnung des zur Erhaltung des Stammkapitals erforderlichen Vermögens	65
aa) Maßgeblichkeit der fortgeführten Buchwerte?	66
bb) Auflösung der stillen Reserven?	66
cc) Zugrundelegung von Liquidationswerten?	67
2. Verbotene Auszahlung	70
a) Auszahlung	70
aa) Auszahlung durch Gewinnverzicht	71
bb) Auszahlung durch Kreditgewährung	75
cc) Maßgeblicher Zeitpunkt	78
b) Auszahlung an einen Gesellschafter	79
c) Auszahlung aufgrund der Gesellschafterstellung	82
<b>II. Rechtsfolgen</b>	84
1. Auswirkungen auf Verpflichtungs- und Erfüllungsgeschäft	84
2. Erstattungsanspruch der Gesellschaft aus § 31 GmbHG	88
a) Schuldner des Erstattungsanspruchs	88
b) Höhe des Erstattungsanspruchs	93
c) Haftung der Mitgesellschafter, § 31 Abs. 3 GmbHG	95

<b>3. Schadensersatzsprüche</b>	<b>99</b>
a) Ansprüche gegen die Gesellschafter als Geschäftsführer	99
aa) Organhaftung aller Gesellschafter?	100
bb) Haftung bei umfassender Einflußnahme?	103
cc) Haftung bei Ausschaltung der bestellten Geschäftsführer?	109
b) Schadensersatzansprüche gegen die Gesellschafter als solche	112
c) Deliktische Ansprüche	115
aa) Haftung gegenüber der Gesellschaft?	116
bb) Haftung gegenüber den Gläubigern?	118
<b>III. Sonderfall: Der Erwerb eigener Geschäftanteile durch die Gesellschaft</b>	<b>120</b>
1. Beschränkungen für den Erwerb eigener Geschäftanteile	120
2. Rechtsfolgen	122
<b>4. Kapitel: Grenzen durch die Insolvenz der Gesellschaft</b>	<b>123</b>
I. Insolvenzanfechtung	123
1. Zuwendungen in der Krise der Gesellschaft	124
2. Zuwendungen außerhalb der Krise der Gesellschaft	126
a) Anfechtung nach §§ 31 Nr. 2 KO, 3 Nr. 2 AnfG	126
b) Anfechtung nach §§ 32 Nr. 1 KO, 3 Nr. 3 AnfG	128
c) Anfechtung nach §§ 31 Nr. 1 KO, 3 Nr. 1 AnfG	128
d) Bedeutung der Anfechtungstatbestände	130
II. Geschäftsführerhaftung	132
1. Allgemeine Haftungstatbestände	132
2. Haftung aus § 64 Abs. 2 GmbHG	133
<b>5. Kapitel: Weitergehende Beschränkungen für Gesellschafterentnahmen</b>	<b>137</b>
I. Meinungsstand	137
1. Rechtsprechung in Zivilsachen	137
a) Reichsgericht	137
b) Bundesgerichtshof	140
c) Oberlandesgerichte	146
2. Rechtsprechung in Strafsachen	147

3. Schrifttum	150
a) Verbot existenzgefährdender Entnahmen	150
b) Generelles Verbot der Existenz- gefährdung	151
c) Schädigungsverbot	153
d) Haftung für nachträgliche Unterkapitalisierung	156
e) Keine weitere Beschränkungen für Gesellschafterentnahmen	159
II. Begründung eines Verbots solvenzgefährdender Entnahmen	160
1. Durch Gesellschafterentnahmen berührte Interessenbereiche	160
a) Unternehmensinteresse	160
b) Interessen der Allgemeinheit	161
c) Interessen der Mitgesellschafter	162
d) Interessen der Gesellschaft	163
e) Interessen der Gläubiger der Gesellschaft	166
f) Interessen der Belegschaft	168
2. Notwendigkeit eines erweiterten Gläubiger- schutzes bei solvenzbedrohenden Entnahmen	171
a) Gläubigergefährdung bei der GmbH	171
b) Gesetzliche Konzeption des Gläubiger- schutzes	174
c) Unzulänglichkeit dieser Konzeption bei solvenzbedrohenden Entnahmen	178
d) Zumutbarkeit weiterer Entnahmebeschrän- kungen für die Gesellschafter	185
e) Einwände gegen ein Verbot solvenzge- fährdender Entnahmen	187
aa) Abschließende gesetzliche Regelung des Gläubigerschutzes?	187
bb) Unvereinbarkeit mit der gesetzlichen Ausgestaltung der GmbH, insbesondere dem Prinzip des festen Kapitals?	189
cc) Ausreichender Gläubigerschutz durch Insolvenzanfechtung, §§ 138, 826 BGB?	192
dd) Erweiterter Gläubigerschutz nur in Konzernfällen erforderlich?	202
3. Kein Verbot sonstiger Solvenzgefährdung	208
a) Verbot aller solvenzgefährdenden Weisungen?	208
b) Haftung bei nachträglicher Unterkapitalisierung?	213

<b>III. Ausgestaltung eines Verbots solvenzgefährdender Entnahmen</b>	<b>217</b>
1. Dogmatische Grundlage	217
a) Rechtsgedanke der Kapitalerhaltungsvorschriften	217
b) Sonderrechtsverhältnis zwischen Gesellschaft und Gesellschafter	221
aa) Bestehen eines Sonderrechtsverhältnisses zwischen Gesellschaft und Gesellschafter	221
bb) Bindung der Gesellschafter an das durch den Gesellschaftszweck bestimmte Gesellschaftsinteresse	224
cc) Existenz eines vom Gesellschafterwillen unabhängigen Gesellschafterinteresses	227
dd) Verpflichtung der Gesellschafter gegenüber ihrem Verband	231
2. Der Begriff der solvenzgefährdenden Entnahme	235
a) Begriff der Entnahme	235
b) Begriff der Solvenzgefährdung	239
3. Tatbestand und Rechtsfolgen eines Verstoßes gegen das Verbot solvenzgefährdender Entnahmen	246
a) Haftung der Gesellschafter	246
aa) Kreis der Haftenden	247
bb) Verstoß gegen das Verbot solvenzgefährdender Entnahmen	248
cc) Verschulden	252
dd) Kausalität und Schaden	255
ee) Verjährung	259
b) Haftung der Geschäftsführer	259
c) Geltendmachung der Ansprüche	261
aa) Eigenes Klagerecht der Gläubiger?	261
bb) Beweislast	263
d) Konkurrenzen	266
<b>Schlußbetrachtung</b>	<b>267</b>